

# MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

<b>23. Jahrgang</b>	<b>Ausgegeben zu Düsseldorf am 6. März 1970</b>	<b>Nummer 35</b>
---------------------	---	------------------

## Inhalt

### I.

**Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.**

Glied.- Nr.	Datum	Titel	Seite
<b>102</b>	20. 2. 1970	RdErl. d. Innenministers Vermeidung von Doppelstaatigkeit bei der Einbürgerung britischer Staatsangehöriger . . . . .	368
<b>2370</b>	30. 1. 1970	RdErl. d. Ministers für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten Bestimmungen über die Förderung des Baues von Altenwohnungen . . . . .	368
<b>2370</b>	30. 1. 1970	RdErl. d. Ministers für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten Förderung des sozialen Wohnungsbaues; Zins- und Auszahlungshedingungen für durch Annuitätshilfen zu verbilligende Bankdarlehen . . . . .	368
<b>23724</b>	30. 1. 1970	RdErl. d. Ministers für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten Förderung des Landesbedienstetenwohnungsbaues . . . . .	368
<b>26</b>	19. 2. 1970	RdErl. d. Innenministers Anerkennung ausländischer Paßersatzpapiere; Guineisches „TITRE DE VOYAGE TENANT LIEU DE PASSEPORT“ . . . . .	369
<b>26</b>	18. 2. 1970	RdErl. d. Innenministers Anerkennung ausländischer Pässe; Reisepässe der Republik Singapur . . . . .	369
<b>6300</b>	18. 2. 1970	RdErl. d. Finanzministers Buchung von Erschließungsbeiträgen nach dem Bundesbaugesetz . . . . .	369

### II.

**Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.**

Datum	Titel	Seite
	<b>Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr</b>	
11. 2. 1970	Bek. — Ungültig erklärter Sprengstofflaubnisschein . . . . .	370
	<b>Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr</b> <b>Minister für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten</b>	
16. 2. 1970	Gem. RdErl. — Lautsprecher- und Plakatwerbung der Parteien aus Anlaß der am 15. März 1970 in ein- zelnen Gemeinden und Kreisen stattfindenden Kommunalwahlen . . . . .	372
	<b>Personalveränderung</b> Ministerpräsident — Chef der Staatskanzlei . . . . .	370
	<b>Hinweise</b> Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	
	Nr. 15 v. 20. 2. 1970 . . . . .	370
	Nr. 16 v. 26. 2. 1970 . . . . .	370
	Inhalt des Amtsblattes des Kultusministeriums Land Nordrhein-Westfalen	
	Nr. 2 — Februar 1970 . . . . .	371

## I.

102

### Vermeidung von Doppelstaatigkeit bei der Einbürgerung britischer Staatsangehöriger

RdErl. d. Innenministers v. 20. 2. 1970 —  
I B 3/13 — 12. 22

In Verhandlungen mit dem Britischen Generalkonsulat in Düsseldorf, dessen Amtsbereich das Land Nordrhein-Westfalen umfaßt, ist abweichend von der bisherigen Praxis eine Vereinbarung getroffen worden, die sicherstellen soll, daß bei Ermessenseinbürgerungen britischer Staatsangehöriger keine Doppelstaatigkeit eintreten kann. Es ist danach künftig wie folgt zu verfahren:

Nach Erteilung meiner Zustimmung zu der Einbürgerung soll dem Einbürgerungsbewerber mitgeteilt werden, daß ihm die Einbürgerungsurkunde ausgehändigt wird, sobald er den Verlust seiner britischen Staatsangehörigkeit nachweist. Gleichzeitig soll dem Einbürgerungsbewerber eine Einbürgerungszusicherung erteilt werden, bei der ich einheitlich folgenden Wortlaut zu verwenden bitte:

#### Einbürgerungszusicherung

Hierdurch wird bestätigt, daß der Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit

an .....  
in .....  
nichts entgegensteht, wenn innerhalb eines Jahres nachgewiesen wird, daß .....  
die britische Staatsangehörigkeit nicht mehr besitzt, und wenn sich in der Zwischenzeit keine Tatsachen ergeben haben, die die Einbürgerung ausschließen.

Datum .....

Bezeichnung der Einbürgerungsbehörde  
Unterschrift

Dem Einbürgerungsbewerber oder der Bewerberin bitte ich mitzuteilen, daß der Verzicht auf die britische Staatsangehörigkeit beim Britischen Generalkonsulat in Düsseldorf erklärt werden kann. Es muß dem Einbürgerungsbewerber überlassen bleiben, sich wegen der Abgabe der Verzichtserklärung unmittelbar mit dem Britischen Generalkonsulat in Verbindung zu setzen.

Die Einbürgerungsurkunde kann ausgehändigt werden, wenn der Bewerber oder die Bewerberin eine Bestätigung des Britischen Generalkonsulats über den inzwischen eingetretenen Verlust der britischen Staatsangehörigkeit vorlegen kann.

Einer Beteiligung des Regierungspräsidenten in Düsseldorf bei Aushändigung von Einbürgerungsurkunden, die von anderen Regierungspräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen ausgefertigt worden sind, bedarf es nicht mehr.

Mit dieser Neuregelung wird insbesondere der Forderung des § 9 Abs. 1 Nr. 1 RuStAG genügt, wonach in Fällen, in denen die frühere Heimatstaatsangehörigkeit bei der Einbürgerung nicht automatisch verlorengeht, die Aufgabe der bisherigen Heimatstaatsangehörigkeit nachgewiesen werden muß. Das Verfahren ist auch auf Einbürgerungen gemäß § 8 RuStAG anzuwenden.

— MBl. NW. 1970 S. 368.

2370

### Bestimmungen über die Förderung des Baues von Altenwohnungen

RdErl. d. Ministers für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten v. 30. 1. 1970 — III A 4 — 4.21.1 — 186/70

Mein RdErl. v. 25. 2. 1968 (SMBL. NW. 2370) wird wie folgt geändert:

1. Nummer 9 Abs. 2 erhält folgende neue Fassung:

(2) Die durch Annuitätshilfen zu verbilligten Bankdarlehen (Nummer 5 AnhB 1967) dürfen, insoweit ab-

weichend von Nummer 6 AnhB 1967, folgende Beträge nicht übersteigen:

- |  |           |
|--|-----------|
| a) bei einer Wohnfläche bis zu 40 qm     | 20 700 DM |
| b) bei einer Wohnfläche von 41 bis 50 qm | 22 800 DM |

2. In Nummer 10 Abs. 2 wird Satz 2 gestrichen.

3. Nummer 12 erhält folgenden neuen Abs. 3:

(3) Die Bestimmungen der Nummer 9 Abs. 2 in der Fassung d. RdErl. v. 30. 1. 1970 sind nur auf Bauvorhaben anzuwenden, für welche die öffentlichen Mittel nach dem 31. Januar 1970 bewilligt worden sind oder bewilligt werden.

— MBl. NW. 1970 S. 368.

2370

### Förderung des sozialen Wohnungsbaues Zins- und Auszahlungsbedingungen für durch Annuitätshilfen zu verbilligende Bankdarlehen

RdErl. d. Ministers für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten v. 30. 1. 1970 — III A 1 — 4.03 — 252/70

Nach den Bestimmungen der Nummer 5 Abs. 2 bis 4 AnhB 1967 ist vorgesehen, daß der Zinssatz und der Auszahlungskurs für Bankdarlehen, die durch Annuitätshilfen verbilligt werden können, jeweils durch besonderen RdErl. bekanntgegeben werden. Zur Ausführung dieser Bestimmungen wird hiermit angeordnet, daß zur Zeit bis auf weiteres Bankdarlehen nur dann mit Annuitätshilfen verbilligt werden, wenn folgende Zins- und Auszahlungsbedingungen vorgesehen sind:

- a) bei einem vereinbarten Zinssatz von 7 vom Hundert des Ursprungskapitals jährlich (einschließlich Verwaltungskostenbeitrag) muß der Auszahlungskurs mindestens 93 vom Hundert betragen;
- b) bei einem vereinbarten Zinssatz von 7,25 vom Hundert des Ursprungskapitals jährlich (einschließlich Verwaltungskostenbeitrag) muß der Auszahlungskurs mindestens 94 vom Hundert betragen;
- c) bei einem vereinbarten Zinssatz von 7,5 vom Hundert des Ursprungskapitals jährlich (einschließlich Verwaltungskostenbeitrag) muß der Auszahlungskurs mindestens 95 vom Hundert betragen.

Dieser RdErl. tritt mit Wirkung vom 1. Februar 1970 in Kraft. Er gilt bis zu einer Bekanntgabe neuer Zins- und Auszahlungsbedingungen für Bankdarlehen, die durch Annuitätshilfen verbilligt werden können. Der RdErl. v. 22. 5. 1967 (SMBL. NW. 2370) tritt am 31. 1. 1970 außer Kraft.

— MBl. NW. 1970 S. 368.

23724

### Förderung des Landesbedienstetenwohnungsbaues

RdErl. d. Ministers für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten v. 30. 1. 1970 — III A 3 — 4.15 — 141/70

Die „Bestimmungen über die Wohnungsfürsorge für Bedienstete des Landes Nordrhein-Westfalen (LBWV 1968)“, RdErl. v. 30. 5. 1968 (SMBL. NW. 23724), werden wie folgt geändert:

1. In Nummer 5 Abs. 1 Satz 2 wird „61 qm bis 70 qm“ in „61 qm bis 75 qm“ und „71 qm bis 90 qm“ in „76 qm bis 90 qm“ geändert.
2. In Nummer 5 Abs. 2 Satz 1 wird die Zahl „19 000,— DM“ in „22 000,— DM“ geändert.
3. In Nummer 5 Abs. 2 erhalten die Sätze 3 und 4 folgende Fassung:

Bediensteten, deren Jahreseinkommen zusammen mit den Jahreseinkommen der zum Haushalt rechnenden

Angehörigen im Sinne des § 8 II. WoBauG die Einkommensgrenze der Nummer 3 WFB 1967 um nicht mehr als 50 v. H. übersteigt, kann neben den Annuitätshilfen eine Aufwendungsbeihilfe von jährlich 900 DM bei einer Wohnfläche von weniger als 90 qm 600 DM gewährt werden. Die Aufwendungsbeihilfebestimmungen 1967 finden mit der Maßgabe Anwendung, daß nur deren Nummern 2 Abs. 2, 3, 7, 10 und 15 Abs. 1 Sätze 2 und 3 entsprechend zu beachten sind.

4. In Nummer 6 Abs. 1 Satz 2 wird „61 qm bis 70 qm“ in „61 qm bis 75 qm“ und „71 qm bis 90 qm“ in „76 qm bis 90 qm“ geändert.

5. Nummer 6 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

Für Miet- und Genossenschaftswohnungen, die für Bedienstete der Gruppe II bestimmt sind, können Annuitätshilfen aus Wohnungsfürsorgemitteln für solche Bankdarlehen (Nummer 5 AnhB 1967) bewilligt werden, deren Ursprungskapital folgende Beträge nicht übersteigt:

bis zu 60 qm	Wohnfläche	12 000,— DM
von 61 bis 75 qm	Wohnfläche	20 200,— DM
von 76 bis 90 qm	Wohnfläche	26 500,— DM
mehr als 90 qm	Wohnfläche	32 500,— DM.

Daneben können Aufwendungsbeihilfen aus Wohnungsfürsorgemitteln bis zur Höhe von 0,50 DM je qm Wohnfläche monatlich mit der Maßgabe bewilligt werden, daß sich keine geringere Durchschnittsmiete als 3,20 DM je qm Wohnfläche im Monat ergibt.

6. In Nummer 7 Abs. 1 Satz 2 wird die Zahl „0,30 DM“ in „0,40 DM“ geändert.

7. Nummer 8 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„Für Bedienstete der Gruppe II dürfen nur Bauvorhaben gefördert werden, bei denen die Durchschnittsmiete den Betrag von 3,20 DM je Quadratmeter Wohnfläche im Monat nicht unterschreitet.“

8. In Nummer 10 Abs. 3 Satz 2 wird „Nummer 7 Abs. 1“ in „Nummer 7“ geändert.

9. Nummer 25 erhält folgende Fassung:

Diese Bestimmungen sind auf alle Bauvorhaben anzuwenden, für welche die Wohnungsfürsorgemittel und gegebenenfalls die öffentlichen Mittel erstmalig nach dem 31. 1. 1970 bewilligt werden. Auf Antrag des Bauherrn können bei Bauvorhaben, für die die Anträge auf Bewilligung von Wohnungsfürsorgemitteln der Wohnungsfürsorgebehörde bis zum 30. 6. 1970 vorgelegt werden, die Bestimmungen in der bis zum 31. 1. 1970 geltenden Fassung zugrunde gelegt werden.

— MBl. NW. 1970 S. 368.

## 26

### Anerkennung ausländischer Paßersatzpapiere Guineisches „TITRE DE VOYAGE TENANT LIEU DE PASSEPORT“

RdErl. d. Innenministers v. 19. 2. 1970 —  
I C 3/43.62 — G 5

Von der deutschen Botschaft in Bukarest ist ein hier bisher nicht bekannt gewesenes guineisches Ausweis-papier festgestellt worden, das die Bezeichnung „TITRE DE VOYAGE TENANT LIEU DE PASSEPORT“ trägt. Der Ausweis soll vornehmlich an Stipendiaten und Praktikanten für den Aufenthalt in „sozialistischen“ Ländern aus-gegeben werden.

Da die guineischen Behörden sich bisher nicht bereitge-funden haben, Auskunft über den Charakter dieses Aus-weis-papiers zu erteilen, wird es **nicht** als ausreichend für den Grenzübertritt und den Aufenthalt im Bundesgebiet anerkannt.

— MBl. NW. 1970 S. 369.

## 26

### Anerkennung ausländischer Pässe Reisepässe der Republik Singapur

RdErl. d. Innenministers v. 18. 2. 1970 —  
I C 3/43.62 — S 16

Seit Oktober 1969 geben die singapurischen Behörden einen neuen Reisepaß aus, der sich nach Angaben der deutschen Botschaft in Singapur von dem bisher verwen-deten Muster durch folgende Merkmale unterscheidet:

- In dem in dem Einbanddeckel angebrachten „Fenster“ erscheint keine gedruckte Reisepaßnummer mehr.
- Die Paßnummer wird jetzt mit Tinte eingetragen.
- Die Seriennummer erscheint auf Seite 32 unten.

In dem neuen Reisepaß werden die Geburtsorte der ggf. miteingetragenen Kinder nicht vermerkt. Im Einver-nehmen mit dem Auswärtigen Amt hat der Bundesmini-ster des Innern gemäß Nummer 4 Abs. 3 zu § 3 Ausl-GVwv eine Ausnahme von diesem Erfordernis zugelassen und den neuen singapurischen Reisepaß als ausreichend für den Grenzübertritt und den Aufenthalt im Bundes-gebiet anerkannt, es sei denn, in ihm ist auf Seite 4 ver-merkt, daß sich sein Geltungsbereich nicht auf die Bundes-republik Deutschland erstreckt.

— MBl. NW. 1970 S. 369.

## 6300

### Buchung von Erschließungsbeiträgen nach dem Bundesbaugesetz

RdErl. d. Finanzministers v. 18. 2. 1970 —  
I D 1 Tgb.Nr. 129/70

- Die Gemeinden erheben nach dem Bundesbaugesetz zur Deckung ihres Aufwandes für Erschließungsan-lagen Erschließungsbeiträge. Diese Beiträge sind öffentlich-rechtliche Gemeindeabgaben, die auf dem Grundstück ruhen; sie werden einen Monat nach der Zustellung des Beitragsbescheides fällig.

Sofern für ein Grundstück eine Beitragspflicht noch **nicht** oder **nicht** in vollem Umfang entstanden ist, können die Gemeinden Vorausleistungen auf den Er-schließungsbeitrag verlangen, wenn ein Bauvorhaben auf dem Grundstück genehmigt wird.

- Die vom Land zu zahlenden Erschließungsbeiträge sind wie folgt zu buchen:

- Titel 711 — Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten

Beiträge im Zusammenhang mit Grundstücksan-käufen (unbebaute oder bebaute Grundstücke) oder mit Baumaßnahmen, die im Rahmen der jeweils gültigen Wertgrenzen aus Titel 711 getätigt wer-den;

Beiträge, die ausnahmsweise nach Abschluß der Rechnungslegung über eine Baumaßnahme an-fallen.

- Titel 712 bis 799 — Baumaßnahmen

Beiträge im Zusammenhang mit Baumaßnahmen von mehr als 150 000 DM Gesamtkosten, sofern für die Baumaßnahme im Landeshaushalt bereits ein Titel mit Vorarbeitskosten oder Baumitteln vor-handen ist.

- Titel 821 bis 829 — Erwerb von Grundstücken

Beiträge im Zusammenhang mit Grundstücksan-käufen aus den bei Titel 821 bis 829 veranschlag-ten Mitteln, sofern im Zeitpunkt des Ankaufs eine Bebauung des Grundstücks nicht beabsichtigt ist oder wenn die Leistungen vor der Planung oder Durchführung des Bauvorhabens und vor der Aus-bringung eines entsprechenden Bautitels im Lan-deshaushalt anfallen.

— MBl. NW. 1970 S. 369.

## II.

**Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr****Ungültig erklärter Sprengstofferaubnisschein**

Bek. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr  
v. 11. 2. 1970 — III: A 3 — 23 — 03 — 170

Der nachstehende Sprengstofferaubnisschein ist für  
ungültig erklärt worden:

Vor- und Zuname des Inhabers	Wohnort	Muster. Nr. und Ausstel- lungsdatum des Scheines	Ausstellende Behörde
Hans Joachim Hartung	Würselen, Von-Goer- schen-Str. 28	C 1 69 5. 8. 1969	Bergamt Aachen

— MBl. NW. 1970 S. 370.

**Personalveränderung****Ministerpräsident — Chef der Staatskanzlei**

Es ist ernannt worden:

Regierungsrat Dr. D. Haak  
zum Oberregierungsrat.

— MBl. NW. 1970 S. 370.

**Hinweise****Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen****Nr. 15 v. 20. 2. 1970**

(Einzelpreis dieser Nummer 0.70 DM zuzügl. Portokosten)

Glied.- Nr.	Datum		Seite
101	30. 1. 1970	Vierzehnte Verordnung zur Angleichung des Lippischen Rechts an das in Nordrhein-Westfalen geltende Recht . . . . .	92
2022	20. 1. 1970	Satzung über die Entschädigung der Mitglieder der Landschaftsversammlung und der sachkundigen Bürger in den Ausschüssen sowie über Zuschüsse an die Fraktionen (Entschädigungssatzung) . . . . .	92
232	5. 2. 1970	Verordnung über die Übertragung der Aufgaben der unteren Bauaufsichtsbehörde auf die Stadt Wetter, Ennepe-Ruhr-Kreis . . . . .	93
232		Berichtigung der Zweiten Verordnung zur Änderung der Ersten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 10. Juni 1969 (GV. NW. S. 281) . . . . .	93
	19. 1. 1970	3. Nachtrag zur Urkunde vom 31. Dezember 1958 (GV. NW. 1959 S. 11) über die Verlängerung der Verleihung des Rechts zum Betrieb der Neusser Eisenbahn . . . . .	93
	28. 1. 1970	Bekanntmachung über die statistische Erfassung von Arbeitsstätten im Jahre 1970 . . . . .	93
		<b>Hinweis für die Bezieher des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen</b> . . . . .	94

— MBl. NW. 1970 S. 370.

**Nr. 16 v. 26. 2. 1970**

(Einzelpreis dieser Nummer 2.80 DM zuzügl. Portokosten)

Glied.- Nr.	Datum		Seite
232	27. 1. 1970	Bekanntmachung der Neufassung der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen — Landesbauordnung — (BauO NW) . . . . .	96
		<b>Hinweis für die Bezieher des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen</b> . . . . .	121

— MBl. NW. 1970 S. 370.

**Inhalt des Amtsblattes des Kultusministeriums Land Nordrhein-Westfalen****Nr. 2 — Februar 1970**

(Einzelpreis dieser Nummer 1,— DM zuzügl. Portokosten)

	Seite		Seite
<b>A. Amtlicher Teil</b>		<b>B. Nichtamtlicher Teil</b>	
Personalnachrichten . . . . .	26	3. Kongreß der Fachgruppe Werkdidaktik der Konferenz Pädagogischer Hochschulen . . . . .	55
<b>I Kultusminister</b>		<b>II Ministerpräsident — Geschäftsbereich Hochschulwesen —</b>	
Vorläufige Richtlinien über die Vergütung von Prüfungstätigkeiten bei Laufbahnprüfungen im Geschäftsbereich des Kultusministers. RdErl. d. Kultusministers v. 10. 12. 1969 . . . . .	27	Richtlinien für die Förderung der Studierenden an den Ingenieurschulen und Höheren Wirtschaftsfachschulen im Lande Nordrhein-Westfalen vom 30. September 1967. RdErl. d. Ministerpräsidenten v. 29. 12. 1969 . . . . .	55
Organisation und Aufgabenstellung der Landesstelle Nordrhein-Westfalen für Gewerbliche Berufsförderung in Entwicklungsländern. VwVO d. Kultusministers v. 18. 11. 1969 . . . . .	28	<b>B. Nichtamtlicher Teil</b>	
Errichtung von Schulzentren; hier: Raumprogramm der Real-schulanteile. RdErl. d. Kultusministers v. 19. 12. 1969 . . . . .	29	3. Kongreß der Fachgruppe Werkdidaktik der Konferenz Pädagogischer Hochschulen . . . . .	55
Ordnung der Reifeprüfung an den Gymnasien; hier: Benennung des Wahlfachs für die mündliche Reifeprüfung an den Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Gymnasien in Aufbauform zur Erlangung einer fachgebundenen Hochschulreife. RdErl. d. Kultusministers v. 20. 1. 1970 . . . . .	31	Verbilligte Studienfahrten in die USA . . . . .	55
Ausbildungs- und Prüfungsordnung für das Schulpraktikum und die Prüfung als Fachlehrer an allgemeinbildenden Schulen. VwVO d. Kultusministers v. 9. 1. 1970 . . . . .	31	Pompeji-Kursus . . . . .	55
Fachoberschulen; hier: Halbjahreszeugnisse. RdErl. d. Kultusministers v. 20. 12. 1969 . . . . .	38	Schüleraustausch mit den USA . . . . .	55
Schwimmmeisterprüfung Herbst 1970. RdErl. d. Kultusministers v. 12. 1. 1970 . . . . .	40	Veranstaltungen der Neuwerk-Gemeinschaft für Schöpferisches Werken e. V. 1970/71 . . . . .	55
Förderung des Schulsports; hier: Landessportfest der Schulen. RdErl. d. Kultusministers v. 12. 1. 1970 . . . . .	40	Lehrgänge zur Erlangung der begrenzten Lehrbefähigung (Nor-fakultas) für evangelische Unterweisung an Gymnasien . . . . .	56
Berufsfachschule (Pflegevorschule); hier: Änderung des Bildungs-zieles, der Stundentafel und der Berechtigungen. RdErl. d. Kultusministers v. 30. 12. 1969 . . . . .	50	IX. Internationale musikpädagogische Osterarbeitswoche 1970 . . . . .	56
Vereinbarung zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen, vertreten durch den Kultusminister, und der Evangelischen Kirche im Rheinland, der Evangelischen Kirche von Westfalen und der Lippischen Landeskirche, vertreten durch ihre Kirchenleitungen, über die Erteilung des Religionsunterrichts durch kirchliche Lehrkräfte an öffentlichen Schulen. Vom 22./29. Dezember 1969 . . . . .	52	Kurse, Ferienseminare und Hospitationen in England für deutsche Pädagogen 1970/71 . . . . .	56
26. Fortsetzung zum Verzeichnis der gem. § 7 des Gesetzes über die Zuschußgewährung an Volkshochschulen und entsprechende Volksbildungseinrichtungen vom 10. März 1953 (GS. NW.		Ferienlehrgänge und Kurzurse der Schule Schlaffhorst-Andersen für Atem- und Stimm-bildung . . . . .	56
		Jahrestagung des Deutschen Altrphilologenverbandes in Freiburg in der Zeit vom 1. bis 4. April 1970 (Freiburger Ostertagung 1970) . . . . .	57
		Haus- und Straßensammlung des Deutschen Roten Kreuzes . . . . .	57
		Buchhinweise . . . . .	57
		Inhaltsverzeichnis des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen für die Ausgaben vom 5. — 30. Januar 1970 . . . . .	59
		Inhaltsverzeichnis des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen für die Ausgaben vom 5. — 26. Januar 1970 . . . . .	61

**Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr**  
**Minister für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten**

**Lautsprecher- und Plakatwerbung**  
**der Parteien aus Anlaß der am 15. März 1970 in**  
**einzelnen Gemeinden und Kreisen stattfindenden**  
**Kommunalwahlen**

Gem. RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr — IV/A 2 — 22 — 05:6 — 4 — 11/70 u. d. Ministers für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten — II A 2 — 2.011 — v. 16. 2. 1970

Für die oben bezeichneten Wahlen gilt der RdErl. v. 9. 10. 1969 (MBL. NW. S. 1740) entsprechend, jedoch mit der Maßgabe, daß die Erlaubnis zur Lautsprecherwerbung bis zum 14. März 1970 befristet wird.

— MBL. NW. 1970 S. 372.

**Einzelpreis dieser Nummer 0,90 DM**

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (Einzelheft 0,30 DM) auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Westdeutschen Landesbank, Girozentrale Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen.

Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen.  
 Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

---

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 15,80 DM, Ausgabe B 17,— DM.

**Die genannten Preise enthalten 5,5 % Mehrwertsteuer.**